

Zeitschrift: SuchtMagazin

Herausgeber: Infodrog

Band: 44 (2018)

Heft: 5

Artikel: Verwirklichungschancen in suchtakzeptierenden Settings

Autor: Leu-Hausmann, Saskia / Bühlmann, Horst

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-832364>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verwirklichungschancen in suchtakzeptierenden Settings

2018-5
Jg. 44
S. 36 - 39

Zur Förderung von Chancengleichheit für die Klientel von Kontakt- und Anlaufstellen (K+A), welche häufig von einer Kumulation sozialer und gesundheitlicher Benachteiligungen betroffen ist, braucht es Massnahmen, welche die Wahlmöglichkeiten erhöhen. Es sind innovative, suchtakzeptierende Angebote im Bereich Wohnen, Beschäftigung und Freizeit gefragt. Bei der Gestaltung solcher Massnahmen ist zu berücksichtigen, welchen Anspruch an Chancengleichheit Betroffene selbst stellen und inwiefern sie die Auffassung, an ihrer Benachteiligung selbst schuld zu sein, daran hindert.

SASKIA LEU-HAUSMANN

Pflegefachfrau HF, MAS in Spezialisierung für Suchtfragen, Stv. Leitung Kontakt- und Anlaufstellen Basel, Suchthilfe Region Basel, Mülhauserstrasse 113, CH-4056 Basel, Saskia.Leu-Hausmann@suchthilfe.ch, www.suchthilfe.ch

HORST BÜHLMANN

Soziokultureller Animator HFS, Leiter Kontakt- und Anlaufstellen Basel, Horst.Buehlmann@suchthilfe.ch

Kumulation von Benachteiligungen

Lamprecht et al. (2006) beschreiben soziale Ungleichheit als ein dynamisches, mehrdimensionales Gefüge sozialer Unterversorgung und Benachteiligung. Neben den klassischen Schichtindikatoren Bildung, Beruf und Einkommen nennen sie Erwerbsbeteiligung, Geschlecht, Alter, soziale Herkunft, Migrationserfahrung sowie die Einbettung in soziale Netzwerke als weitere wesentliche Merkmale. Dabei ist besonders wichtig, inwiefern sich allfällige Benachteiligungen noch kumulieren und wie lange jemand unter wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung leben muss (ebd.: 27).

Eine ungünstige soziale Position und die Kumulation von verschiedenen Benachteiligungen beeinträchtigt nachweislich die körperliche und psychische Gesundheit (ebd.: 7). «Soziale Ungleichheit», ergänzt Schweiger, «ist eng damit verwoben, wie Menschen in einer Gesellschaft einander betrachten und begegnen, ob sie auf Augenhöhe agieren können oder Statusunterschiede und soziale Hierarchien ihnen das Gefühl der Ungleichheit vermitteln» (2016: 444).

Bei der Klientel der K+A, die überwiegend langjährig sowie mehrfach und schwer substanzabhängig ist, ist eine Kumulation von Benachteiligungen gegeben. Den Zugang zu sogenannten «allgemeinen Lebenschancen» wie beispielsweise zu einem vorteilhaften Arbeitsplatz und einer zufriedenstellenden Wohnsituation sind den KlientInnen durch ihre von Sucht diktierte Lebensführung nur erschwert möglich. Zudem sind Abhängige, die ihren Substanzkonsum soweit kontrollieren können, dass ihnen eine selbstständige Lebensführung möglich ist, weiterhin aufgrund der Folgen des Drogenkonsums und der Illegalität in vielen Bereichen benachteiligt. Schulden haben und keinen Arbeitgeber nennen können, machen eine Wohnungssuche schwierig. Kommt eine offensichtliche Drogensucht hinzu, wird eine andere Person ohne solche Probleme die Wohnung mieten dürfen. Ähnlich aussichtslos ist es bei der Arbeitssuche mit Lücken im Lebenslauf und möglichen Vorstrafen. Doppelt benachteiligt sind Drogenabhängige insofern, als dass sie von einer Kumulation sozia-

ler Benachteiligungen betroffen sind und gleichzeitig unter den gesundheitlichen Folgen des Drogenkonsums leiden.

Selbstverschuldung

Fünf langjährige und mehrfach abhängige männliche Besucher der K+A Basel im Alter von 40 bis 55 Jahren wurden in leitfadengestützten, qualitativen Interviews zum Thema Chancengleichheit befragt.¹ Alle Befragten nannten in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Freizeit und Zugang zur Gesundheitsversorgung diverse Beispiele der Benachteiligung. Dennoch beurteilten sie selbst ihre grundsätzlichen Lebenschancen als gut. Diese Einschätzung ging eng mit der Auffassung einher, dass sie an einer allfälligen Benachteiligung selbst schuld wären.

Es ist gut belegt, dass Vorurteile gegenüber Betroffenen zu einer niedrigen Selbstachtung führen können wie auch dazu, dass Betroffene sich entsprechend den Vorurteilen verhalten bzw. einschätzen (Aronson et al. 2010: 483-484). In den Interviews zeigte sich in vielen Beispielen, dass die Befragten häufig das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhanden-

sein von Diskriminierung als Massstab für die Beurteilung ihrer Chancengleichheit sahen. Es fiel den Befragten ausserdem schwer zu beantworten, inwiefern sie sich der Gesellschaft zugehörig fühlten und was dies mit Chancengleichheit zu tun hatte.

Förderung von Verwirklichungschancen

Bei der Frage, wie die Chancengleichheit der K+A-Klientel gefördert werden kann, müssen die Haltung der Selbstverschuldung und der Einfluss der Diskriminierung in der Gesellschaft unbedingt berücksichtigt werden. Denn wenn Betroffene der Auffassung sind, selbst Schuld an ihrer Lebenssituation zu tragen und dadurch gar keine Ansprüche an die Gesellschaft stellen, beeinflusst das neben diversen anderen Faktoren auch, inwiefern Unterstützungsangebote, die auf Chancengleichheit abzielen, in Anspruch genommen werden.

Berücksichtigt man die Kumulation von Benachteiligungen zusammen mit der Haltung der Selbstverschuldung, sollte für langjährige, mehrfach und schwer substanzabhängige BesucherInnen der K+A nicht «formale Chancengleichheit», sondern die Förderung von Verwirklichungschancen im Vordergrund stehen. Es geht dabei nicht hauptsächlich darum, einen Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen, sondern vielmehr darum, Wahlmöglichkeiten zu schaffen und ein Leben in Würde zu ermöglichen (vgl. Artikel Hug/Arn in diesem Heft). Bezogen auf Tagesstruktur und Beschäftigung sind die bestehenden Wahlmöglichkeiten sehr eingeschränkt und für die Klientel oft frustrierend. Auf dem offenen Arbeitsmarkt muss meist eine Stelle in Arbeitsfeldern gesucht werden, die sowohl einen hohen Beschäftigungsgrad als auch hohen körperlichen Einsatz voraussetzen, wie bspw. in Handwerkerberufen. Dies stellt auch viele Menschen über 50 ohne Krankheit vor Probleme, kommt eine Drogensucht dazu, fehlt es meist ganz an Angeboten. Kommt es trotz allem zu einem Arbeitseinsatz, ist dieser oft temporär und tief besoldet. Das bedeutet, dass der erwirtschaftete Lohn fast vollständig vom Sozialhilfegeld abgezogen wird.

Niederschwellige Beschäftigungsangebote ausserhalb des offenen Arbeitsmarktes erreichen hingegen oftmals nur einen Teil der Betroffenen, während die anderen sich dort unterfordert fühlen. Im Bereich Arbeit und Beschäftigung fehlt es also an individuellen Angeboten zwischen diesen Möglichkeiten.

Neben einigen strukturellen Gegebenheiten ist nicht selten auch der kategorische Ausschluss des Drogenkonsums für das Scheitern solcher Angebote verantwortlich. Es braucht also sucht- und damit auch konsumakzeptierende individuell ausgerichtete Arbeits- oder Beschäftigungsangebote. Entsprechende rechtliche Grundlagen würden diese erleichtern.

Förderung und Unterstützung innerhalb der K+A

Zusammengefasst unter dem Angebot «Förderung und Unterstützung» bieten die K+A Basel neben Beratung und Begleitung in psychosozialen und gesundheitlichen Themen verschiedene Angebote im Bereich Freizeit und Beschäftigung an. Im Freizeitprojekt «Stoffwechsel» können BesucherInnen zusammen musizieren, es gibt Nachmittage, an denen gemalt und gebastelt wird, regelmässiges Fussballtraining, gemeinsames Grillieren im Freien, Museumsbesuche, Wanderungen und einiges mehr.

Im gesundheitlichen Bereich werden regelmässige Informationskampagnen mit adressatengerechten Botschaften zur Gesundheit durchgeführt wie bspw. Safer-Use-Anleitungen zur Vermeidung von Infektionskrankheiten oder jährliche Hinweise zu Grippe-symptomen. In der wöchentlichen Wundsprechstunde werden Wunden fachgerecht versorgt und Betroffene darüber informiert, wie und wo sie sich behandeln können. Zweimal wöchentlich wird eine kostenlose Arzt-sprechstunde angeboten.

Niederschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen darin, gegen ein kleines Entgelt hinter der Theke mitzuarbeiten, Konsumationsabfälle im Umfeld der K+A einzusammeln oder bei Reinigungsarbeiten mitzuhelfen. Die Cafeteria als sozialer Treffpunkt ist ein weiteres wichtiges Angebot.

Diese Angebote zielen darauf ab, den BesucherInnen das Gefühl zu vermitteln, gemocht und gebraucht zu werden, was Lamprecht et al. (2006: 65) als wichtiges Bedürfnis der Menschen beschreiben, welches sich positiv auf die Gesundheit auswirkt. Die Angebote sind aber begrenzt auf die K+A.

Legitimation von Projekten zur Förderung von Verwirklichungschancen

In den Standards der Kontakt- und Anlaufstellen Schweiz von Infodrog und Fachverband Sucht ist festgehalten, dass es zu den Auftragszielen gehört, «eine mögliche soziale Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen» (2011: 3). Zwar haben sich Angebote im Bereich Förderung und Unterstützung in den letzten Jahren stark weiterentwickelt, gegenüber den «klassischen» Angeboten der Schadensminderung wie der Bereitstellung von Konsumräumen und weiteren Massnahmen zur direkten Überlebenshilfe stehen sie aber immer noch im Hintergrund.

Um die Förderung von Verwirklichungschancen stärker ins Zentrum zu rücken, müssten diese Angebote sowohl quantitativ ausgebaut als auch mit neuen, an die Diversität der Klientel angepassten Angeboten innerhalb und ausserhalb der K+A ergänzt werden. Neben fortschrittlicher Kreativität der Praxis, die deswegen gefragt ist, müssten diese Angebote und deren Ziele auch konzeptuell verankert werden, indem Standards und Leitlinien dahingehend überarbeitet, konkretisiert und entsprechend legitimiert werden; dafür sind entsprechende Erfolgskontrollen nötig. Lamprecht et al. merken dazu an, dass sich die Evaluation auf die Überprüfung von Prozessen und Outputs beschränken soll, z. B. darauf, ob die Zielgruppe erreicht wurde (2006: 67). Dazu muss aus Sicht der Praxis kritisch angemerkt werden, dass die Finanzierung solcher Projekte oft andere Evaluationsziele fordert. Diese Ziele sind zum einen wie von Lamprecht et al. (ebd.) beschrieben, aufgrund fehlender zeitlicher, analytischer und finanzieller Mittel häufig schwer realisierbar. Zum anderen implizieren Evaluationsfragen auch im Zusammenhang mit Nischen-



projekten zur Förderung von Lebensqualität immer wieder Forderungen nach Verhaltensänderungen, die eben nichts mit Verwirklichungschancen zu tun haben. So sollte es bspw. kein Evaluationsziel einer Kochgruppe in den K+A sein, dass TeilnehmerInnen dadurch weniger Drogen konsumieren, sondern allein, dass sie an der Kochgruppe teilnehmen.

Sprungbrettfunktion

Es wurde bereits festgehalten, dass in den K+A die Verwirklichungschancen im Vordergrund stehen und nicht die Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt. Ein Ausschluss aus der Berufswelt zieht Einschränkungen der sozialen Teilhabe mit sich. Im Sinne der Förderung von Wahlmöglichkeiten geht es also in erster Linie um eine soziale Integration. Lamprecht et al. fordern, dass Massnahmen gegen soziale Benachteiligung auch als Sprungbrett verstanden werden müssen (2006: 65): In den K+A könnte eine solche Sprungbrettfunktion einerseits darin bestehen, Angebote in Bereich Freizeit und Beschäftigung vermehrt auch auf Weitervermittlung an Angebote ausserhalb der K+A auszurichten. Andererseits müssten aber überhaupt erst passende, suchtakeptierende Alternativen zum Alltag in den K+A geschaffen werden, welche für diejenigen KlientInnen geeignet sind, die von bestehenden Angeboten bisher nicht erreicht worden sind.

Wiederum sind auch innerhalb der K+A innovative Projekte mit einem integrativen Charakter gefragt, wie bspw. ein «Götti-Projekt» in Anlehnung an das Konzept «BuddyCare» der Integrativen Drogenhilfe e. V., zur Förderung von Kontakten zu nicht abhängigen Personen durch gemeinsame Freizeitaktivitäten.² Auch sollten solche Projekte die Betroffenen selbst vermehrt bereits bei der Konzeption mit einbeziehen.

«Konzept Selbstverschuldung»

Eingangs wurde festgehalten, dass sich Fachpersonen der Diskriminierung von DrogenkonsumentInnen bewusst sein, bzw. bleiben müssen und dass für sämtliche Projekte mit integrativem Charakter die Selbstverschuldungshaltung der Betroffenen berücksichtigt werden muss. Konkret heisst das u. a., dass das Erreichen der Zielgruppe bei Projekten vermehrt unter diesem Gesichtspunkt geplant werden sollte. Wesentlich ist dabei aber auch die Haltung der Fachpersonen. Auch wenn Sucht in Fachkreisen als Krankheit definiert wird, müssen sich Fachpersonen dennoch bewusst sein, dass auch sie von gesellschaftlichen Diskursen beeinflusst sind, die von der Selbstverschuldung einer Abhängigkeit ausgehen.

In der Sozialpsychologie werden solche Diskurse unter dem Begriff «Blaming the victim» diskutiert. Es geht um die Tendenz, Menschen die Schuld für ihr Opfersein zu geben, weil durch den Umstand, dass jemand unverschuldet zum Opfer wird, der Glaube an eine gerechte Welt bedroht wird und dieser Glaube durch die Schuldzuweisung an das Opfer paradoxerweise geschützt wird (Aronson et al. 2004: 506). Insbesondere von Fachpersonen im Bereich Schadensminderung, die es auszuhalten haben, nur sehr begrenzt «helfen» zu können, und entsprechend viel Elend akzeptieren müssen, ist ein hohes Mass an ethischer Reflexion gefordert. Diese muss aktiv gefördert und unterstützt werden. Supervision und Weiterbildung sind gute Gefässe dafür, im Alltag besteht aber Ausbaupotenzial. Dies betrifft sowohl Sozialarbeitende und Pflegefachkräfte in niederschweligen Suchthilfeangeboten, als insbesondere auch ÄrztInnen, denen bspw. in Substitutionsprogrammen besonders viel Macht zukommt, sowie Lei-

tungspersonen, welche starken Einfluss auf Normsetzungsprozesse haben.

Eine Möglichkeit, sich Diskriminierungsprozessen bewusst zu werden und solche Mechanismen sowie die Selbstverschuldungshaltung der Betroffenen selbst in der Gestaltung von Angeboten zu berücksichtigen, liegt in der konzeptuellen Verankerung dieser Themen – bspw. in Leitlinien und Betriebskonzepten. Eine weitere Möglichkeit ist aber auch die ideelle und finanzielle Legitimation von Bemühungen gegen Diskriminierung und zur Förderung von Verwirklichungschancen durch die betreibenden Institutionen und finanzierenden Behörden.

Literatur

- Aronson, E./Wilson, T.D./Akert, R.M. (2004): Sozialpsychologie. München: Pearson.
- Schweiger, G. (2016): Soziale Ungleichheit und Sozialwesen. S. 443-447 in: A. Goppel/C. Mieth/C. Neuhäuser (Hrsg.), Handbuch Gerechtigkeit. Deutschland: J.B. Metzler.
- Infodrog & Fachverband Sucht (2011): Standards Kontakt- und Anlaufstellen. www.tinyurl.com/y92mdpkg, Zugriff 27.08.2018.
- Lamprecht, M./König, C./Stall, H. (2006): Gesundheitsbezogene Chancengleichheit. Mit Blick auf «Psychische Gesundheit – Stress» und «Gesundes Körpergewicht». Grundlagedokument im Auftrag von Gesundheitsförderung Schweiz. Bern: Gesundheitsförderung Schweiz. www.tinyurl.com/ydgjn3gh, Zugriff 27.09.2018.

Endnoten

- ¹ Die Interviews wurden von der Autorin im Rahmen des CAS «Ethische Entscheidungsfindung in Organisationen» der FHNW durchgeführt. Die entsprechende Fragestellung lautete: «Wie erleben Besucher und Besucherinnen der K+A ihre Chancengleichheit und wie können K+A diese fördern?»
- ² www.idh-frankfurt.de/buddycare, Zugriff 28.09.2018.